



AUSGABE 131
Oktober 2013

ANALYSEN & ARGUMENTE

PERSPEKTIVEN DEUTSCHER AUSSENPOLITIK

Handlungsfelder und Ansätze einer deutschen Energiewende-Außenpolitik

Christian Hübner

Die Umsetzung der Energiewende in Deutschland ist mit Blick auf die Art und Weise der Zielerreichung von einer erheblichen Dynamik gekennzeichnet. Blaupausen, auf die Deutschland dabei zurückgreifen kann, gibt es nicht. Zudem findet die Energiewende in einer Zeit statt, in der sich die globale Energielandschaft ökonomisch und in der Folge geopolitisch stark verändert. Für Deutschland erwächst daraus die Notwendigkeit, eine Energiewende-Außenpolitik zu artikulieren, die die Energiewende in das europäische und internationale Umfeld unter Berücksichtigung innenpolitischer Entwicklungen effizient einbettet.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Christian Hübner
Koordinator Umwelt-, Klima- und Energiepolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 74
E-Mail: christian.huebner@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-944015-93-4



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 | EINLEITUNG

3 | HANDLUNGSFELD 1:
ENERGIEPOLITIK IN DER EU

4 | HANDLUNGSFELD 2:
EU-ENERGIEAUSSENBEZIEHUNGEN

6 | HANDLUNGSFELD 3:
INTERNATIONALE ENERGIE-GOVERNANCE UND SCHWELLENLÄNDER



EINLEITUNG

In Deutschland wächst zunehmend die politische Erkenntnis, dass die Energiewende nicht nur innenpolitisch gedacht werden darf. Mit den Beschlüssen für den nahezu vollständigen Umbau des Energiesystems hin zu regenerativen Energien hat Deutschland, eines der führenden weltweiten Industrieländer, Neuland betreten. Mit großer Aufmerksamkeit wird nun beobachtet, wie wir diesen Prozess gestalten. Für die internationalen Beobachter steht dabei weniger das Interesse an der klimapolitischen Motivation Deutschlands im Vordergrund, sondern vielmehr die Frage, wie sich die gesamtgesellschaftlichen Kosten des Einstiegs in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien im Vergleich zu dem damit verbundenen Nutzen verhalten. Ergibt sich daraus ein positives Verhältnis für den Nutzen, dann steigt auch die internationale Attraktivität des deutschen Modells.

Gegenwärtig ist die globale Energienachfrage von einem kontinuierlichen Wachstum geprägt. Maßgebliche Faktoren sind u.a. die wachsende Weltbevölkerung, Urbanisierungseffekte und das wirtschaftliche Aufstreben von Schwellenländern wie China oder Indien. Zudem erholen sich die Industriestaaten langsam von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Einher geht dieser Prozess mit einer sich rasant verändernden energiepolitischen Weltkarte: Industriestaaten gestalten ihre Energieversorgung durch die Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung heimischer, aber auch teurer, unkonventioneller Energieträger wie Schiefergas, autonomer. Schwellenländer steigen zu Verbrauchermächten auf und dominieren zunehmend die globale Energienachfrage nach fossilen Energieträgern. Außerdem zeigt sich, dass der Klimaschutz auf der multilateralen Ebene kaum noch Fortschritte erzielt, stattdessen aber auf der nationalstaatlichen bzw. föderalen Ebene zunimmt. Zudem ist die höchste Ausbaurate im Bereich der Erneuerbaren Energien und nicht mehr bei den fossilen Energieträgern zu beobachten.

Deutschland, das in der internationalen Energiepolitik weder als Nachfrager noch als Anbieter eine dominante Rolle einnimmt, aber als Industrieland ein vitales Interesse an einer gesicherten nationalen Energieversorgung besitzt, sollte sich mit seiner Energiewende möglichst effizient in die verändernden globalen Rahmenbedingungen einfügen. Für Deutschland folgt daraus die Notwendigkeit der Artikulation und Umsetzung einer deutschen „Energiewende-Außenpolitik“. Erste Überlegungen für eine solche außenpolitische Agenda sind schon heute vereinzelt anzutreffen. Allerdings sind diese bisher vor allem im umwelt- und klimapolitischen Kontext verankert. Weitergehende Betrachtungen, die auch Fragen der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit im internationalen Kontext aufgreifen und kohärent verbinden, sind mit einigen Ausnahmen eher selten. Im Folgenden

sind deshalb drei Handlungsfelder für eine deutsche Energie-wende-Außenpolitik skizziert und im Einzelnen konkretisiert. Das erste Handlungsfeld bezieht sich auf die energiepolitischen Herausforderungen innerhalb der EU, das zweite auf die EU-Energieaußenbeziehungen und das dritte auf die internationale Energie-Governance und Schwellenländer.

HANDLUNGSFELD 1: ENERGIEPOLITIK IN DER EU

- Positionierung für eine Beibehaltung der drei Ziele Klimaschutz, Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz im Rahmen der europäischen Energie- und Klimazieldebatte 2030.
- Verstärkter Einsatz für eine Vertiefung der Integration des EU-Energiebinnenmarktes sowie der Herausstellung der Bedeutung Deutschlands als Stromtransitland.
- Intensivierung bilateraler Energiepartnerschaften.

Die europäische Energiepolitik hat, obwohl sie schon immer ein wesentliches Element der europäischen Integration war, zuletzt mit dem Vertrag von Lissabon einen sehr grundlegenden Bedeutungszuwachs erfahren. Artikel 194 des Lissabon-Vertrages spricht der EU eine klare Rechtsgrundlage zu, auf deren Basis sie nun energiepolitische Maßnahmen ergreifen darf. So kann sie aktiv werden, (i) um das Funktionieren des Energiemarktes sicherzustellen, (ii) um die Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten, (iii) um die Energieeffizienz zu fördern und (iv) um die Interkonnektion der Energienetze zu fördern. Gleichzeitig wird jedoch festgehalten, dass die Ausrichtung des Energiemix in nationaler Souveränität bleibt. Für die innereuropäische Energieaußenpolitik Deutschlands entsteht daraus ein erster Rahmen, der Schranken aufweist und Chancen bietet.

Klima- und Energieziele für 2030

In der EU findet gegenwärtig eine grundlegende Diskussion über die zukünftige Ausrichtung der Klima- und Energiepolitik statt. Die EU-Kommission hat einen Dialog angestoßen, der die EU-Mitgliedsstaaten dazu anhalten soll, sich zu positionieren. Die bisherigen Klima- und Energieziele der EU stellen einen Rahmen für die Zeit bis 2020 dar. Sie sollen nun bis 2030 weitergedacht werden. Hintergrund sind vor allem Wettbewerbsfragen, die die politischen Debatten innerhalb der EU angesichts der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise prägen. Mit Zielen für 2030 soll so Sicherheit für Investitionen in die EU-Energieinfrastruktur, aber auch für die Forschung und Entwicklung im Bereich CO₂-armer Technologien, geschaffen werden. Darüber hinaus wird für 2015 mit einem neuen Internationalen Klimaschutzabkommen, für das die EU im Vorhinein eine einheitliche Position braucht, gerechnet. In der aktuellen Debatte um die Weiterentwicklung der Klima- und Energieziele haben sich bisher nur wenige EU-Mitgliedstaaten geäußert. Großbritannien will sich



bspw. für nur noch ein Ziel – Senkung der Treibhausgase – einsetzen. Die Ziele der Senkung des Energieverbrauchs und des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sollen demnach auf der EU-Ebene politisch nicht mehr explizit eingefordert werden. Mit Blick auf die bisher herrschende klimapolitische Agenda in der EU kommt diese Forderung einem politischen Paradigmenwechsel gleich. Eine deutsche Energiewende-Außenpolitik in der EU, die die Ziele der Energiewende vor Augen hat, sollte sich in diesem Prozess für eine Beibehaltung der drei Ziele Ausbau Erneuerbare Energien, Senkung Energieverbrauch und Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase einsetzen. Die deutsche Energiewende wird es in der EU umso schwieriger haben, je unterschiedlicher die Ziele der EU und die Ziele der Bundesregierung sind. Deutschland wird aus diesem Grunde in der EU vermehrt bilaterale Partnerschaften eingehen müssen, um seine Energieziele politisch und technisch zu flankieren. Jüngste Initiativen wie die Einrichtung einer deutsch-französischen Koordinierungsstelle für Erneuerbare Energien oder das erste Treffen der Umweltminister aus Deutschland, Frankreich und Polen im Rahmen des „Grünen Weimarer-Dreiecks“ sind dabei vielversprechende Ansätze.

Energiebinnenmarkt und „Stromtransitland“ Deutschland

Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der deutschen Energiewende ist eine übergreifende europäische Energieinfrastruktur und ein funktionsfähiger Binnenmarkt für die leistungsgebundenen Energieträger Strom und Gas. Deutschland ist regional zwar eng mit den Stromnetzen europäischer Nachbarstaaten verbunden, so dass ein kontinuierlicher Import und Export von Strom ermöglicht wird. Die Vorteile, die sich aus diesen Stromflüssen u.a. zur Sicherung der nationalen Energieversorgung ergeben – z.B. wenn in Deutschland die Stromgewinnung nicht ausreicht, um die heimische Nachfrage zu bedienen –, können durch wirtschaftliche Verwerfungen und Destabilisierung der Netze im unmittelbaren europäischen Ausland, in Form des Exports von zuviel Erneuerbaren Energien aus Deutschland, jedoch aufgehoben werden. So will Polen die Erneuerbaren Energien, die Deutschland über polnische Netze nach Süddeutschland leitet, verhindern. Gleichzeitig können in Deutschland durch das EEG subventionierte Erneuerbare Energien im europäischen Ausland auch zu einer erheblichen Konkurrenzsituation, z.B. gegenüber Gaskraftwerken führen, die dann dort nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Für Deutschland entsteht daraus ein Akzeptanzproblem für die Energiewende in Europa. Ein stärkerer Ausbau des Energiebinnenmarktes für Strom und Gas in der gesamten EU, der die Regionalisierung auflöst, ist deshalb notwendig. Überschüssige Erneuerbare Energien aus Deutschland könnten dann optimaler auf alle EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. Letztlich würden dann auch Energieversorgungsengpässe, die in manchen EU-Mitgliedstaaten durchaus auf-

tauchen können, durch ein größeres Energiegesamtangebot verringert werden. Deutschland wird in diesem Zusammenhang auch ein ausgeprägteres Bewusstsein für seine Rolle als europäisches Stromtransitland entwickeln müssen. Sobald die im Zuge der Umsetzung der Energiewende geplanten großen Stromtrassenprojekte in Deutschland umgesetzt sind, wird Deutschland in der Lage sein, umfassende Mengen fluktuierender Erneuerbarer Energien innerhalb Europas weiterzuleiten. Die Abhängigkeit Deutschlands von europäischen Energienetzen wird dabei abnehmen. Im Gegenzug ist sogar zu erwarten, dass andere europäische Mitgliedstaaten ein großes Interesse an unseren Stromleitungen haben werden. Eine neue Nord-Süd-Stromachse ist denkbar. Schwierig zu beantworten bleibt dann nur noch die Frage, wie Deutschland ab 2022, wenn es den Kernkraftausstieg vollzogen hat, mit Atomstromimporten umgeht.

HANDLUNGSFELD 2:

EU-ENERGIEAUSSENBEZIEHUNGEN

- Intensivierung der Diversifizierungsbemühungen im Bereich der EU-Energieimporte zur Sicherung der Energieversorgung: Kurzfristig über neue Gas-Pipeline-Anbindungen. Langfristig vor allem über Erneuerbare Energien-Importe.
- Unterstützung von Initiativen wie DESERTEC oder dem Mediterrane Solarplan bspw. in Form einer gezielten Energieentwicklungspolitik.
- Politische Flankierung möglicher Stromimporte aus der MENA-Region durch frühzeitige Dialoge mit europäischen Stromtransitstaaten wie Spanien oder Italien.
- Erschließung von Schiefergasimportmöglichkeiten im Rahmen der TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA.

Im Jahr 2011 legte die EU-Kommission eine umfassende Ausarbeitung zur Weiterentwicklung der EU-Energieaußenpolitik vor. Darin wird der Ausbau der externen Dimension des EU-Energiebinnenmarktes; die Stärkung der Partnerschaften für sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energie; die Verbesserung des Zugangs von Entwicklungsländern zu nachhaltigen Energien und die Verbesserung der Förderung der EU-Politiken über die EU-Grenzen hinaus vorgeschlagen. Parallel dazu hat die EU schon eine Vielzahl von bilateralen Abkommen vorzuweisen. Wichtige strategische Dialogforen bzw. Verträge der EU bestehen u.a. mit Norwegen, Russland, der *Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC)*, USA, Brasilien, Ukraine, der Kaspischen Region, dem Mittleren Osten und Persischen Golf, dem Südlichen Mittelmeer, China und Indien. Die EU-Kommission will mit ihrem Vorschlag eine verstärkte Koordination ihrer Mitgliedstaaten hinsichtlich der europäischen Energieaußenbeziehungen erreichen. Inwiefern das gelingt, sei dahingestellt, die Vorteile liegen jedoch auf der Hand:



Die EU als Gesamt-Energienachfrager hat ein größeres politisches Gewicht als einzelne Mitgliedstaaten. Für Deutschland entsteht damit die Möglichkeit, über die europäischen Energieaußenbeziehungen deutsche Energiewende-Interessen wirksamer einzubringen.

Europäische Energieversorgungskorridore

Die steigende Energieimportabhängigkeit Europas ist für Deutschland, das u.a. auch aus diesem Grund eine stärkere Nutzung heimischer Erneuerbarer Energien anstrebt, zu einer Herausforderung geworden. Vor allem in der Übergangszeit bis zur Erreichung der Ziele der Energiewende könnte eine Einschränkung der Importmöglichkeiten fossiler Energieträger die Energieversorgung gefährden. Die gegenwärtige Diversifizierung der europäischen Energieimporte über bilaterale Abkommen sollte deshalb fortgeführt und intensiviert werden. Ein Sonderfall ist die Abhängigkeit zu Russland, das zwar immer ein zuverlässiger Energiepartner gewesen ist, dessen Dominanz jedoch wiederum ein gewisses ökonomisches und politisches Risiko für Europa darstellt. Die jüngst beschlossene Gasanbindung an Aserbaidschan über die *Trans-Adria-Pipeline (TAP)* kann deshalb – unabhängig davon, dass das europäische Konkurrenzprojekt *Nabucco* keinen Zuschlag erhalten hat – als Erfolg für die europäische und damit auch für die deutsche Energieversorgung gewertet werden. Beide *Pipelines* hatten nämlich das Ziel, eine Alternative zur russischen Gasanbindung der *South-Stream-Pipeline* zu bilden, was nun gelungen ist. Aus der geopolitischen Perspektive gewinnt zudem die Türkei, über dessen Gebiet die TAP verläuft, an energiepolitischer Bedeutung. Inwieweit das von türkischer Seite für andere Verhandlungen mit der EU genutzt wird, bleibt abzuwarten.

In der langfristigen Perspektive werden für Deutschland aber Importe von Erneuerbaren Energien aus dem außereuropäischen Ausland von großer Bedeutung sein. Initiativen wie *DESERTEC* oder der *Mediterrane Solarplan* nehmen dabei eine wichtige Funktion ein. Schon heute ist absehbar, dass Deutschland auch im Falle der Erreichung seiner Energiewendeziele, sich nicht zu hundert Prozent selbst versorgen kann. Hier werden Erneuerbare Energien aus der EU selbst, aber vor allem aus der MENA-Region, eine wichtige Funktion einnehmen. Sie können dort zu wesentlich günstigeren Preisen bereitgestellt werden. Eine Voraussetzung für die Nutzung von Erneuerbaren Energien in der EU-MENA-Region ist jedoch, dass die betroffenen Staaten einen eigenen Mehrwert daraus ziehen. Das heißt bspw., dass eine regionale Wertschöpfung ermöglicht wird und ihre gegenwärtig steigende Energienachfrage daraus ebenfalls gedeckt werden kann. Hinzu kommt die Notwendigkeit stabiler politischer Strukturen, die eine wirtschaftliche Partnerschaft überhaupt erst ermöglichen. Deutschland sollte deshalb im Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit in der MENA-

Region einen Schwerpunkt auf den energiepolitischen Bereich legen. Zudem müssen neue Energieversorgungskorridore erschlossen und politisch flankiert werden. Hier sind schon heute politische Dialoge mit zukünftigen innereuropäischen Stromtransitstaaten wie Spanien, Frankreich und Italien notwendig.

Energie- versus Schiefergaswende

Mit der Schiefergasnutzung in den USA sind umfassende wirtschaftliche Hoffnungen verbunden. Und in der Tat, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der USA kann, wie der Chemiesektor zeigt, durch niedrige Energiepreise in Folge des hohen heimischen Schiefergasangebotes, steigen. In diesem Zusammenhang wird auch gerne von einer globalen Schiefergaswende gesprochen, da die wirklich großen Schiefergasvorkommen nicht in den USA sondern in Russland und China liegen. Aus ökonomischer Sicht scheinen die USA vor allem darauf zu setzen, eine Technologieführerschaft im Bereich der Exploration und Nutzung von Schiefergas zu erlangen. In der Folge könnten sie dann nämlich auch von den größeren Vorkommen in anderen Ländern profitieren. Für die laufenden Gespräche der EU mit den USA zur Einrichtung einer transatlantischen Freihandelszone (*Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP*) könnte dieser Aspekt noch von hoher Brisanz werden. Im Rahmen verschiedener anderer Freihandelsabkommen exportieren die USA nämlich schon Gas ins Ausland.

Der Import von Schiefergas aus den USA nach Europa kann für die deutsche Energiewende von Vorteil sein. Deutschland braucht nach dem Ausstieg aus der Kernenergie eine neue Brückenenergie bzw. einen neuen Brückenenergiemix. Die Nutzung von Erneuerbaren Energien wirft auf mittlere Sicht noch zu viele technische Probleme im Bereich der Energieversorgungssicherheit, wie die mangelnde Speicherkapazität und die hohen Fluktuationsraten, auf. Moderne Kohle- und Gaskraftwerke wären durchaus geeignet diese Lücken auch unter Klimaschutzgesichtspunkten zu füllen. Zudem würden billige und zeitlich begrenzte Gasimporte, basierend auf einem internationalen Markt, den Aufbau eigener Infrastrukturen verringern. Problematisch ist allerdings das gegenwärtige Fördersystem (EEG) für Erneuerbare Energien in Deutschland. Die Kosten für Strom aus Erneuerbaren Energien hängen hierzulande an den Börsenpreisen für fossile Energieträger. Sinken die Börsenpreise für fossile Energieträger, wie es bspw. durch ein Mehrangebot an Gas passieren könnte oder heute schon im Fall von Kohle zu beobachten ist, dann werden Erneuerbare Energien in Deutschland relativ teurer. Gelingt es, diese Wechselwirkung z.B. durch eine Reform der Subventionierung von Erneuerbaren Energien in Deutschland zu verringern, dann kann Deutschland durchaus vom internationalen Schiefergasboom profitieren. Die Möglichkeiten dafür sind allerdings begrenzt. Hier zeigt



sich auch ein Dilemma: In Deutschland findet die Energiewende in den Sektoren Strom, Wärme oder Kraftstoffe (z.B. für Verkehr) in unterschiedlichen Geschwindigkeiten statt, wobei Strom den kleinsten Teil ausmacht. In der Folge profitiert z.B. der deutsche Wärmebereich, der nicht vom EEG betroffen ist, von niedrigen Preisen für fossile Energieträger, während der Strompreis aufgrund des EEG-Mechanismus steigt. Die Artikulation eines außenpolitischen Interesses in diesem Bereich u.a. im Rahmen der TTIP-Verhandlungen will deshalb genau überlegt sein.

HANDLUNGSFELD 3: INTERNATIONALE ENERGIE-GOVERNANCE UND SCHWELLENLÄNDER

- Verstärkung des deutschen Engagements in internationalen Organisationen wie der IRENA, die sich für Erneuerbare Energien einsetzen.
- Erweiterung des Clubs der Energiewende-Staaten um amerikanische Staaten und sukzessive Nutzung der politischen Möglichkeiten des Clubs in verschiedenen Foren wie den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen oder der IEA.
- Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Schwellenländern im Energiebereich.
- Initiierung einer systematischen Diskussion zum Thema „Energiesicherheit“, im Kontext von Erneuerbaren Energien und dezentraler Energieversorgung.
- Einforderung von mehr Kohärenz bei energiepolitischen Diskussionen zwischen Energieversorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz.

Die internationale Energie-Governance ist durch einen hohen Fragmentierungsgrad charakterisiert. Eine Vielzahl von teils sehr unterschiedlichen Organisationen mit noch unterschiedlicheren Interessenschwerpunkten wie die Vereinten Nationen, die OPEC, die *International Energy Agency (IEA)*, das Forum Gasexportierender Länder, die *International Renewable Energy Agency (IRENA)* und die G8/G20 prägen dieses Bild. Hinzu kommt, dass internationale Energiepolitik heute kaum von anderen Politikfeldern wie der Klima- oder Wirtschaftspolitik, trennbar ist. Organisationen wie die *United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC)* oder die *World Trade Organisation (WTO)* sind deshalb bei internationalen energiepolitischen Entscheidungen mit angesprochen.

Gegenwärtig scheint die IRENA ein geeignetes Forum für die deutsche Energiewende zu sein. Sie setzt sich explizit für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ein und bildet damit auf der internationalen Bühne ein Gegengewicht zu Organisationen wie der IEA, die sich doch eher für Energiesicherheit basierend auf fossilen Energieträgern einsetzen. Zunehmend wichtiger in der Energiepolitik werden aber auch temporäre politische Allianzen, die konkrete Interessen z.B.

im Bereich des Ausbaus der Erneuerbaren Energien zusammenführen und übergreifend in verschiedene internationale Energie-Governance-Foren einbringen. Der kürzlich vom Bundesminister Peter Altmaier gegründete Energiewende-Staaten-Club ist eine derartige Allianz. Gegründet wurde der Club bei einer IRENA-Konferenz mit dem Ziel, den Ausbau von Erneuerbaren Energien weltweit voranzutreiben.¹ Sinnvoll wäre es, diese Allianz auch gezielt für Impulse, z.B. bei den Klimaverhandlungen im Rahmen der UNFCCC, zu nutzen oder innerhalb der IEA das Thema Erneuerbarer Energien stärker zu betonen. Zudem könnte die Allianz auch um amerikanische Mitglieder ergänzt werden, um eine breitere Wirkung zu erlangen.

Aus ökonomischer Perspektive werden im energiewirtschaftlichen Bereich für Deutschland vor allem Schwellenländer wie Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (BRICS) von wachsender Bedeutung insbesondere als Absatzmärkte sein. Sie müssen Antworten für ihre wachsende Energienachfrage finden. Deutschland besitzt das technische Know-how dafür. Hinzu kommt, dass Deutschland in den Schwellenländern durchaus positiv wahrgenommen wird und dort ein starkes Interesse daran besteht, an den Erfahrungen, die Deutschland gerade bei der Umsetzung der Energiewende sammelt, zu partizipieren. Hierbei stehen nicht nur die Entwicklung von Energieeffizienz-Technologien oder die Nutzung von Erneuerbaren Energien im Mittelpunkt – die durch etwaige Initiativen der Bundesregierung schon angegangen werden – es geht auch zunehmend um Themen wie Bürgerbeteiligung, Planungsprozesse und Ordnungspolitik, die für den Umbau des Energiesystems einer Gesellschaft wesentlich sind.

Ein weiterer Aspekt einer Energiewende-Außenpolitik muss die systematische Erweiterung der klassischen Energiesicherheitsdebatte um die Möglichkeiten regenerativer Energien und dezentraler Energieversorgungssysteme sein. Dieser Aspekt kommt bisher zu kurz und kann einer möglichen Energiewende-Außenpolitik durchaus im Wege stehen. Hier schließt sich auch die Notwendigkeit an, Energiesicherheitspolitik nicht mehr losgelöst von klima- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen zu behandeln. Internationale Klimaverhandlungen haben eine unmittelbare Wirkung auf die Energieversorgung und Wirtschaft eines Landes und vice versa. Zudem wird eine einseitige Einforderung von ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für einen globalen Energiemarkt wenig Erfolg haben, solange das Energieangebot mehrheitlich in staatlichen Händen liegt.

1| Mitglieder des Clubs sind China, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Indien, Marokko, Südafrika, Tonga, Großbritannien und die Vereinigten Arabischen Emirate.